

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturhinweise	XXV

1. Kapitel

Ausgewählte Fragestellungen für bestimmte

Lebenssituationen	1
A. Unser Kind wurde mit einer Behinderung geboren	2
I. Frühförderung als erstrangige Hilfe für die Familie	2
II. Allgemeiner Papierkram	3
III. Besonders wichtige und sinnvolle Anträge	4
1. Anträge auf Leistungen der Pflegeversicherung	4
2. Schwerbehindertenausweis	5
IV. Was ist nicht sinnvoll und sollte unterlassen werden?	6
B. Unser Kind kommt in den Kindergarten	6
I. Frühzeitige Suche nach einem geeigneten, eventuell auch einem integrativen Kindergartenplatz	6
II. Sinnvolle Anträge – sofern noch nicht gestellt	7
C. Unser Kind kommt in die Schule	8
I. Einschulung	8
II. Hilfeangebote beim Schulbesuch	9
III. Sinnvolle Anträge – sofern noch nicht gestellt	9
D. Das Ende der Schulzeit steht bevor – Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung	10
E. Unser Kind wird volljährig	11
I. Eltern sind nicht mehr gesetzliche Vertreter ihres Kindes	11
II. Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	12

IX

III.	Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft oder Eingliederungshilfe	13
IV.	Stärkerer Zugriff des Sozialhilfeträgers auf das Einkommen und das Vermögen des Kindes	14
V.	Kostenbeiträge der Eltern für Sozialhilfeleistungen ihres Kindes	15
VI.	Kindergeld	16
VII.	Vereinzelte rechtliche Schwierigkeiten bei Eintritt der Volljährigkeit	16
VIII.	Zeit des „Loslassens“	16
F. Unser Kind kommt in eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)		
I.	Die Aufnahme in die WfbM	17
II.	Besondere Ansprüche des Kindes in der WfbM	18
III.	Heranziehung zu den Kosten der WfbM	18
G. Unser Kind zieht in eine Behinderteneinrichtung		
I.	Kostenübernahme durch den Sozialhilfeträger	19
II.	Finanzielle Auswirkungen auf die Eltern	19
H. Können wir uns zur Wehr setzen, wenn Anträge auf Sozialhilfeleistungen oder auf sonstige Ansprüche unseres Kindes von staatlicher Seite abgelehnt werden?		
		20
I. Wie können wir unser Kind für den Fall unseres Todes absichern und versorgen?		
		21
J. Unser Kind hat geerbt (ohne „Behindertentestament“) bzw. ist vermögend geworden. Wie können wir sein Vermögen vor dem Zugriff des Sozialhilfeträgers schützen?		
		22

2. Kapitel

Rechte und Rechtsansprüche von Menschen

mit Behinderung und ihren Eltern 25

A. Einführung in die Rechtsgrundlagen des Sozial- und Behindertenrechtes 26

- I. Was ist „Sozialrecht“? Wie funktioniert das System der sozialen Absicherung? – Überblick über die Sozialgesetzbücher 1. Buch (SGB I) bis 12. Buch (SGB XII) 26
- II. Die fünf Zweige der Sozialversicherung 27
 1. Sozialgesetzbuch Nr. 3 (SGB III) – Gesetzliche Arbeitslosenversicherung 27
 2. Sozialgesetzbuch Nr. 5 (SGB V) – Gesetzliche Krankenversicherung 28
 3. Sozialgesetzbuch Nr. 6 (SGB VI) – Gesetzliche Rentenversicherung 28
 4. Sozialgesetzbuch Nr. 7 (SGB VII) – Gesetzliche Unfallversicherung 28
 5. Sozialgesetzbuch Nr. 11 (SGB XI) – Soziale Pflegeversicherung 28
- III. Leistungen der sozialen Fürsorge (Leistungen zum Lebensunterhalt) 29
 1. Sozialgesetzbuch Nr. 2 (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende 29
 2. Sozialgesetzbuch Nr. 12 (SGB XII) – Sozialhilfe 29
- IV. Leistungen der sozialen Förderung (Teilhabe und Eingliederung) 29
 1. Sozialgesetzbuch Nr. 8 (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe 30
 2. Sozialgesetzbuch Nr. 9 (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen 30
 3. Sozialgesetzbuch Nr. 12 (SGB XII) – Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege 31
- V. Leistungen der sozialen Versorgung (Bundesversorgungsgesetz) 31
- VI. Weitere Gesetzbücher 32
 1. Sozialgesetzbuch Nr. 1 (SGB I) 32

2. Sozialgesetzbuch Nr. 4 (SGB IV)	32
3. Sozialgesetzbuch Nr. 10 (SGB X)	32
4. Sozialgerichtsgesetz (SGG)	32
B. Einzelne Rechtsansprüche – Welche konkreten Sozialleistungen stehen Menschen mit Behinderung zu?	32
I. Sozialhilfeleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	33
1. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	33
2. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Arbeitslosengeld II	43
II. Leistungen zur Teilhabe, insbesondere Eingliederungshilfe	46
1. Bundesteilhabegesetz (BTHG) im Überblick	46
2. Einführung und Überblick über Leistungen zur Teilhabe und Leistungen der Eingliederungshilfe	48
3. Einzelne ausgewählte Leistungen der Eingliederungshilfe sowie anderer Teilhabeleistungen im Altersverlauf	52
4. Kostenbeiträge und Zuzahlungspflichten der Menschen mit Behinderung und ihrer Eltern bzw. der sonst unterhaltspflichtigen Personen für Leistungen der Sozialhilfe	92
5. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII)	108
III. Hilfe zur Pflege, § 61 SGB XII	113
IV. Persönliches Budget, § 29 SGB IX	113
1. Was ist das persönliche Budget?	113
2. Für welche Hilfeleistungen kommt das persönliche Budget in Betracht?	114
3. Wie errechnet sich die Höhe des persönlichen Budgets?	114
4. Wie erhält man das persönliche Budget?	115
5. Lässt sich das persönliche Budget wieder rückgängig machen?	116
6. Vor- und Nachteile des persönlichen Budgets	116
V. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V)	117

1.	Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung	117
2.	Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	118
3.	Befreiungsmöglichkeiten von den Zuzahlungen	138
VI.	Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung (SGB XI)	139
1.	Einführung	139
2.	Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit und Bestimmung der Pflegegrade	140
3.	Besonderheiten bei der Begutachtung von Kindern und Jugendliche	144
4.	Antragstellung und Verfahren	146
5.	Begutachtung auf der Grundlage der Begutachtungsrichtlinien	147
6.	Tipps für die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst (MDK)	148
7.	Bestandsschutz und Überleitung zum 31.12.2016	149
8.	Leistungen der Pflegeversicherung	150
9.	Landespflegegeld in Bayern	162
10.	Pflegezeit und Familienpflegezeit	163
11.	Besonderheiten bei der privaten Pflegeversicherung ..	165
VII.	Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI)	166
1.	Rente wegen Erwerbsminderung (§ 43 SGB VI)	166
2.	Rente wegen voller Erwerbsminderung für Menschen mit Behinderung (§ 43 Abs. 6 SGB VI)	166
3.	Altersrente	167
C.	Wohnformen und deren Finanzierung	167
I.	Stationäre Einrichtungen	167
II.	Ambulante Wohnformen	168
III.	Finanzierung	169
1.	Stationäres Wohnen	169
2.	Ambulant betreutes Wohnen	170
IV.	Hinweise zum Antrag auf Übernahme der Kosten der Heimunterbringung	171
V.	Privatfinanziertes Wohnen für Menschen mit Behinderung („Einkauf in ein Wohnheim“)	171

1. Überblick	172
2. Mögliche Risiken	173
D. Der Schwerbehindertenausweis	174
I. Schwerbehinderte Personen	174
II. Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft	175
1. Antragstellung	175
2. Ermittlungen durch das Versorgungsamt	176
3. Bildung des Gesamtgrades der Behinderung	176
4. Bestimmung des GdB bei Menschen mit autistischen Störungen	177
III. Feststellung der Merkzeichen – gesundheitliche Voraussetzungen	178
1. Merkzeichen H: Hilflosigkeit	179
2. Merkzeichen B: Notwendigkeit ständiger Begleitung	180
3. Merkzeichen G: erheblich gehbehindert	180
4. Merkzeichen aG: außergewöhnlich gehbehindert	180
5. Merkzeichen Bl: blind	181
6. Merkzeichen Gl: gehörlos	181
7. Merkzeichen TBl: taubblind	182
8. Merkzeichen RF: Befreiung von der Rundfunk und Fernsehgebühr	182
IV. Vorteile des Schwerbehindertenausweises und der Merkzeichen	182
1. Steuererleichterungen bei der Einkommensteuer	182
2. Kfz-Steuerbefreiung	190
3. Freifahrt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln	190
4. Parkerleichterungen	191
5. Ermäßigung des Rundfunkbeitrags	193
E. Durchsetzung von Leistungsansprüchen – Wie komme ich zu meinem Recht?	193
I. Allgemeines zum Verfahrensablauf im Sozialrecht	194
1. Antragstellung	194
2. Recht auf Akteneinsicht	199
3. Anhörung des Betroffenen	200

4.	Entscheidung der zuständigen Stelle (Bewilligungsbescheid)	200
5.	Vorgehen bei Untätigkeit des Leistungsträgers	200
II.	Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid	202
1.	Widerspruch	202
2.	Widerspruchsbegründung	204
3.	Vorgehen, wenn über den Widerspruch nicht entschieden wird	205
4.	Kosten Widerspruchsverfahren	205
5.	Muster für einen Widerspruch	205
III.	Erhebung der Klage	206
IV.	Einstweiliger Rechtsschutz („Erste Hilfe“)	207
V.	Berufung und Revision	207
VI.	Überblick Verfahren und Rechtsschutzmöglichkeiten	208
VII.	Kosten vor den Sozialgerichten	209
1.	Rechtsschutzversicherung	209
2.	Prozesskostenhilfe	209
3.	Rechtsanwaltskosten	210
VIII.	Fazit: „Wie komme ich zu meinem Recht?“	211
F. Zivilrecht und die Rechte von Menschen mit Behinderung		212
I.	Geschäftsfähigkeit und Deliktsfähigkeit	212
1.	Geschäftsfähigkeit bis zum 18. Lebensjahr	212
2.	Geschäftsfähigkeit ab dem 18. Lebensjahr	213
3.	Deliktsfähigkeit des Kindes	213
4.	Private Haftpflichtversicherung und Deliktsfähigkeit	215
II.	Eheschließung	215
III.	Wahlrecht	216
IV.	Teilnahme am Straßenverkehr, Führerschein	216
V.	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	217
VI.	Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)	218
VII.	UN-Behindertenrechtskonvention	219
VIII.	Rechte schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben	220
1.	Frage nach der Offenlegung der Schwerbehinderteneigenschaft	220
2.	Ansprüche im Falle der Benachteiligung wegen der Schwerbehinderung	221

3. Besondere Rechte von schwerbehinderten Arbeitnehmern	223
IX. Schutz von behinderten Menschen im Mietrecht	224
1. Verstärkter Kündigungsschutz	224
2. Duldung von Umbaumaßnahmen (§ 554a BGB)	225
X. Heimrecht – Rechtsstellung behinderter Menschen in Einrichtungen	225
1. Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG)	226
2. Verbot von (Geld-)Zuwendungen von oder zugunsten von Heimbewohnern an den Heimträger	229
G. Besondere Ansprüche und Rechte der Eltern und Pflegepersonen von Menschen mit Behinderung	230
I. Kindergeld	230
1. Überblick	230
2. Sonderregelungen für Kinder mit Behinderung	230
3. Abzweigung des Kindergeldes – mögliche Anfragen der Kindergeldkasse oder des Sozialhilfeträgers	234
II. Elterliche Aufsichtspflicht und Haftung	235
1. Schadensersatzverpflichtung bei Verletzung der elterlichen Aufsichtspflicht	235
2. Reichweite einer privaten Familienhaftpflichtversicherung	236
3. Kapitel	
Betreuungsrecht	239
A. Einführung	239
B. Notwendigkeit einer Betreuung	239
C. Das Betreuungsverfahren	240
I. Überprüfung der Notwendigkeit einer Betreuung	241
II. Auswahl des Betreuers	241
III. Rechte des Betroffenen im Betreuungsverfahren	242
IV. Ernennung des Betreuers	243
V. Kosten des Betreuungsverfahrens	243
D. Auswirkungen der Betreuung auf den Betreuten	243

E. Aufgaben, Rechte und Pflichten des Betreuers	244
I. Betreuung in persönlichen Angelegenheiten	244
II. Betreuung in Vermögensangelegenheiten	246
III. Haftung und Absicherung des Betreuers	247
IV. Aufsichtspflicht des Betreuers für Menschen mit geistiger Behinderung	248
V. Vergütung des Betreuers, Aufwendungsersatz	248
F. Wechsel des Betreuers	249
4. Kapitel	
Erbrecht für Familien mit behinderten Kindern	251
A. Grundlagen des deutschen Erbrechts	252
I. Wichtige Begriffe des Erbrechts	252
II. Erbengemeinschaft und Gesamtrechtsnachfolge	253
III. Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft	253
IV. Gesetzliche Erbfolge: Was passiert im Todesfall, wenn ich keine letztwillige Verfügung getroffen habe?	254
1. Gesetzliche Erbfolge bei Verwandten (§§ 1924 ff. BGB)	255
2. Gesetzliche Erbfolge bei Ehegatten (§ 1931 ff. BGB) ..	260
V. Errichtung von Testamenten und Erbverträgen (sog. gewillkürte Erbfolge; §§ 1937 ff. sowie §§ 2229 ff. BGB) ..	268
1. Wer kann ein Testament errichten? (§§ 2229 ff. BGB)	269
2. Persönliche Errichtung eines Testamentes	269
3. Die erforderliche Form eines Testamentes	270
4. Ausgewählte letztwillige Verfügungen bzw. Regelungen eines Testamentes	276
5. Gründung einer gemeinnützigen Stiftung und deren Erbeinsetzung	279
6. Testierfreiheit und deren Einschränkung	280
7. Pflichtteil	281
8. Besondere Testamente	282
9. Welche Möglichkeiten bestehen, ein Einzeltestament, ein Ehegattentestament oder einen Erbvertrag nach- träglich wieder abzuändern?	284

B. Behindertentestament zur Absicherung und Versorgung des behinderten Familienangehörigen	285
I. Typische Fragestellung zum Behindertentestament	285
II. Einführung	286
III. Schenkungen zu Lebzeiten	287
IV. Vorteile des Behindertentestaments	288
V. Erbeinsetzung als Vorerbe	288
1. Einsetzung als Erbe und keine Enterbung des Kindes	288
2. Einsetzung als Vorerbe und die Bestimmung eines Nacherben	289
VI. Anordnung einer Dauertestamentsvollstreckung	291
1. Aufgaben des Testamentsvollstreckers	291
2. Empfehlenswerte Anordnungen an den Testaments- vollstrecker hinsichtlich der Verwendung der Erträge bzw. der Substanz des Erbes	292
3. Wer kann Testamentsvollstrecker sein?	293
VII. Vergleich der finanziellen Auswirkungen des Versterbens der Eltern ohne bzw. mit einem Behindertentestament ..	294
1. Kein Testament: Gesetzliche Erbfolge	295
2. „Berliner Testament“	295
3. Auswirkungen des Behindertentestaments	296
4. Ergebnis der Gegenüberstellung der Auswirkungen der verschiedenen Testamentsvarianten	298
VIII. Betreuervorschlag	298
IX. Berücksichtigung von Schenkungen und sonstigen unent- geltlichen Vermögensübertragungen der Eltern	299
X. Testamentsform	300
XI. Überblick über die praktische Abwicklung eines Behin- dertentestamentes beim Versterben des ersten Elternteils	300
XII. Wie und bei wem können Eltern ein Behindertentesta- ment errichten?	303
XIII. Ergebnis	304
XIV. Checkliste zur Überprüfung des eigenen Behinderten- testaments	306
XV. Was ist bei Lebensversicherungen zu beachten?	308

C. Praktisches Vorgehen im Todesfall	308
I. Welche Formalitäten sind zu beachten?	309
1. Unmittelbar nach dem Todesfall	309
2. Nach dem Erhalt der Sterbeurkunde	309
II. Totenschein	309
III. Sterbeurkunde	310
IV. Erbschein	311
V. Geburtsurkunde	312
VI. Heiratsurkunde	312
VII. Personalausweis	313
VIII. Vollmachten	313
IX. Was ist bei Vorliegen eines Testamentes zu beachten?	313
X. Wer ist für die Bestattung zuständig?	314
D. Hinweise zum Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	314
I. Freibeträge	314
II. Steuersätze und Steuerklassen	316
III. Besteuerung von Immobilien	317
Sachverzeichnis	319